

Kiewit, Frank

Wie die Arbeitsverwaltung auf neue Probleme reagiert

Pädagogische Korrespondenz (1989) 5, S. 18-25



Quellenangabe/ Reference:

Kiewit, Frank: Wie die Arbeitsverwaltung auf neue Probleme reagiert - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1989) 5, S. 18-25 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-53979 - DOI: 10.25656/01:5397

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-53979>

<https://doi.org/10.25656/01:5397>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Gegen das Selbstverständliche

5 *Rainer Bremer*

Was Hänschen gelernt hat, muß Hans vergessen

Kältestudie I

18 *Frank Kiewit*

Wie die Arbeitsverwaltung auf neue Probleme reagiert

Kältestudie II

26 *Barbara Schenk*

Subjektivität und Erziehungswissenschaft

Das aktualisierte Thema

37 *Andreas Gruschka*

Kurzschlüsse beim Verkürzen und ihre mögliche Pointe

Der Reformvorschlag

44 *Rüpel*

Für die Demokratisierung der Prinzenziehung

Das historische Lehrstück

51 *Hans-Jochen Gamm*

Lessings »Nathan« – dramatisierte Lektion der Aufklärungspädagogik

Aus den Medien

66 *Andreas Gruschka*

Die Dramaturgie der Aufklärung –
Von Lessings Ringparabel zur Pfeilparabel Kurosawas

Aus historischen Medien

75 *Michael Parmentier*

Jenseits von Idylle und Allegorie – Die Konstruktion des ästhetischen Subjekts
in Bruegels »Kinderspielen«

Über exemplarische Neuerscheinungen

89 *Michael Tischer*

Prima Klima? Wolfgang Brezinka und die Restauration der Wertethik

Nachgelesen

96 *H. Däbritz*

Ein sächsischer Dorfschullehrer in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Didaktikum

98 *Helmut Stövesand*

Vorbildlich vorbildlos

Aus dem Gestrüpp des Institutionalismus

105 *Aus einem Amtsblatt*

Notiz aus der Fremde

107 *Rainer Kühn*

Vom Haus, in dem wir leben – Über eine Baustelle in Bonn

Frank Kiewit

Wie die Arbeitsverwaltung auf neue Probleme reagiert

ODER: »EIN TRÄGER, DER SICH ÜBER FUßSTAPFEN AN DER DECKE AUFREGT, DER IST SCHLECHT FÜR DAS ANGEBOT«

I

Befragt man Mitarbeiter örtlicher Arbeitsämter nach dem Sinn und Zweck beruflicher Maßnahmen für junge Arbeitslose, erhält man häufig diese Antwort:

»Ich glaube, die Maßnahmen werden weiterhin ihre Existenzberechtigung haben, denn die Jugendlichen, die die (die Wirtschaft – F.K.) im Visier hat... sind nicht die Jugendlichen, die bei uns arbeitslos gemeldet sind.«¹

Immer noch dienen vor bereits 20 Jahren formulierte Maßnahmenziele und -zwecke als Standardargumente dafür, junge Arbeitslose in außerbetrieblichen Einrichtungen zu betreuen. Das Alter der immer wieder aufgewärmten Argumente spricht noch nicht für ihre Richtigkeit, ebensowenig widerlegt es sie.

Das Management der Arbeitsverwaltung registriert, daß die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern die Programme beruflicher Integrationsmaßnahmen beenden wollen. Die Aufgaben, die diese zu erfüllen hatten, so die Begründung, seien gelöst, denn von Jugendarbeitslosigkeit als Massenproblem könne heute nicht mehr die Rede sein.

Seit Ende der 60er Jahre wurde versucht, die vom Produktionsprozeß Ausgrenzten in diversen »Kompensationsmaßnahmen« aufzufangen, zu disziplinieren und für den Arbeitseinsatz zu präparieren. Heute scheint ein solches Anpassungstraining überflüssig zu sein, da doch wohl das Lehrstellenangebot wieder die Nachfrage abdeckt; die demographische Entwicklung tut ihr übriges.

Lediglich die Mitarbeiter der örtlichen Arbeitsämter und die in den Maßnahmen Tätigen betonen weiterhin die Unverzichtbarkeit der beruflichen Vorbereitungs- und Ausbildungsprogramme und halten an der Institutionalisierung der Maßnahmen fest, in denen sie nach wie vor die einzig aussichtsreiche Möglichkeit erblicken, Jugendlichen und jungen Erwachsenen individuell und effektiv zu helfen. Andere Arten der Hilfe geraten bedrohlich in den Blick und auch ein weiteres Problem stellt sich ein: Nicht nur, daß die politisch und planerisch Verantwortlichen in Bund und Ländern der bisherigen Förderung nicht mehr vorbehaltlos zustimmen – hinzukommt, daß auch die Betroffenen die Programme nicht mehr zu akzeptieren scheinen. Sie suchen sich lieber woanders Hilfe, organisieren sie notfalls selbst. Sie sehen in den offiziellen Maßnahmen keine berufliche Qualifizierungschance. In dieser, für sie unerfreulichen Situation, reagieren die in der praktischen Betreuung Tätigen mit dem Hinweis auf die je spezifischen Problemlagen, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergeben können. Auch jetzt sehen sie die Dinge wie immer:

Arbeitslosigkeit ist ein individuelles Phänomen, bleibt ein Problem der Arbeitswilligkeit bzw. -unwilligkeit und der beruflichen Reife bzw. Unreife.

»...also ein Jugendlicher ist nur dann in der Lage, flexibel zu reagieren, nicht nur Mobilität zu beweisen, sondern eben auch flexibel auf verschiedene Angebote reagieren zu können, wenn er in seiner Persönlichkeit soweit stabil ist, daß er überhaupt eine Chance hat. Wenn ich aber erstmal eine z.B. aufgrund von familiären Schwierigkeiten oder Heimerlebnissen kaputte Persönlichkeit soweit aufrüsten muß, daß ich wirklich davon ausgehen kann, daß er nicht gleich beim zweiten Anraunzer durch seinen Meister explosiv reagiert und damit rausgeschmissen wird... solange haben die Lehrgänge ihre Existenzberechtigung. Denn wir haben ja jetzt erst über die ›Spitzen‹ der Jugendlichen in Anführungsstrichen gesprochen. Der Sinn und Zweck der Lehrgänge, die wir hier anbieten in der Arbeitsvermittlung, ist der... es geht ja um Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif genug sind. Die nicht ausbildungsfähig sind teilweise, weder durch ihre schulischen Leistungen, die bisher erbracht wurden, noch durch ihre Persönlichkeitsbilder. Wenn Alkohol, Drogen mit im Spiel sind oder sie eben abgleiten in eine Szene, wo Verbindlichkeiten einzuhalten eh nicht schick ist, dann kann ich nur versuchen, mit Hilfe einer Nabelschnur, die sich mit einem Betreuer entwickelt, im Rahmen eines solchen Lehrgangs, da langfristig eine Veränderung hinzukriegen. Wenn diese Betreuung kontinuierlich und akzeptabel für die Jugendlichen ist.«

Die Maßnahmewirklichkeit zeigt immer wieder, daß die Teilnehmer die Erwartungen und Anforderungen oft nur unzureichend erfüllen. Hohe Fluktuation und Lernverweigerung, Desinteresse und Motivationslosigkeit sind die Faktoren, die vorrangig abgebaut werden müßten. Aber diese Aufgabe mißlingt, die Betreuer resignieren vor dem gewaltigen Problemberg individualisierter, sozialer und qualifikatorischer Defizite der Teilnehmer. Was zur Rechtfertigung bleibt, gipfelt in Hinweisen auf das zum Teil überdurchschnittliche Engagement einzelner Betreuer, das immer wieder die Qualität der Gesamtmaßnahmen belegen soll.

Das Ziel der Maßnahmen »ist nicht abhängig, und ich sage Ihnen das ganz klar, es ist nicht abhängig von der Art des Lehrgangs! Wissen Sie, wovon das abhängig ist? Vom Betreuer! Wie der auf die Jugendlichen einzugehen versteht. Wie der in der Lage ist, sich um die zu kümmern. Wie der in der Lage ist, abends um 10 irgendwo aufzutauchen, wo er die irgendwo aus der Schitte rauszieht. Wie er in der Lage ist, morgens um halb sechs bei denen den Wecker, oder das Telephon, die Haustür klingeln zu lassen, daß er sie rausklingelt. Es ist ein Allroundjob, den die wenigsten Betreuer wirklich in der Lage sind auszuüben. Wir haben hier in X einen, für den gehen die Jugendlichen durchs Feuer! Und das ist die Nabelschnur, über die alles läuft! Die Inhalte des Lehrgangs, die auf dem Papier da sind, gut, die sind formuliert und die sind berechtigt. Aber wenn der Betreuer nicht in der Lage ist, die optimal umzusetzen und auch davon abzugehen, aufgrund seiner eigenen Persönlichkeit zu sagen: Gut, das steht da zwar, aber ich mach' heute nicht den Unterricht, sondern ich kümmer' mich um den Jugendlichen und geh' jetzt mit dem ins Freibad, weil das der Rahmen ist, den der jetzt im Moment braucht. Solange das nicht passiert ist, ist die Maßnahme nur zu 50 % optimal... Das ist mein Lieblingsthema! Das Konzept kann noch so gut sein, wenn wir keinen Träger

haben, für den es akzeptabel ist, daß auch oben an der weiß getünchten Decke mal plötzlich Fußstapfen auftreten, und er macht daraus einen riesen Wirbel, ist die Maßnahme mies! Die Anforderungen an so einen Träger sind ganz enorm. Die Anforderungen an den Betreuer innerhalb dieser Trägergemeinschaft sind wirklich erheblich!«

Diese Beschreibung enthält die Konsequenzen, die die in der betreuenden Arbeitsverwaltung Beschäftigten ziehen werden, um dem Eindruck ihrer Überflüssigkeit entgegen zu arbeiten: Identifizierung und Behandlung individueller Unzulänglichkeiten durch »Einzelfallbearbeitung«. »... das Optimale ist so: daß sie (die jungen Arbeitslosen – F.K.) überzeugt werden, daß versucht wird, Überzeugungsarbeit zu leisten, daß als Alternative diese Maßnahmen günstig sein können. Und die Maßnahmen sind ja unterschiedlich, wenden sich ja an unterschiedliche Zielgruppen...«

Bis Mitte der 80er Jahre waren die Vorteile berufsvorbereitender und berufsqualifizierender Maßnahmen unbestritten, sozialpolitisch legitimiert und bei den Teilnehmern leicht durchzusetzen. Zu Beginn der Massenarbeitslosigkeit Mitte der 70er Jahre hatte man es vor allem mit dem Problem der 1. Schwelle des Lehreinstiegs zu tun, dann verlagerte sich das Berufsausbildungsproblem Anfang der 80er Jahre auf die 2. Schwelle, auf den Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis. Beide Schwellen versuchte man mit dem Mittel eines »differenzierten« außerbetrieblichen (und -schulischen) Berufsausbildungsangebots abzusenken, was ja auch zu gelingen schien. Hunderttausende wanderten durch die neu geschaffenen Institutionen des Bildungssektors, der sich zwischen Schule und Betrieb schob. Heute will man diesen Sektor stilllegen, ihn ganz verschwinden lassen.

Hilflosigkeit und Resignation scheinen sich angesichts der starken Gegnerschaft von Politikern und Betroffenen, Unternehmern und Gewerkschaften, vom Management der BA ebenso wie von Sozial- und Berufsforschern bei den Verteidigern des Maßnahmewesens breit zu machen. Deren Nöte lassen Unternehmer und Lobbyisten kalt, die schon immer wußten, daß die Klientel der Arbeitsverwaltung für eine Arbeit unter den Bedingungen der neuen Technologien unbrauchbar sein würde. Die Finanzierung des mit ihrer Verwahrung durch Betreuung verursachten Aufwands wird man gerne los. Den Arbeitslosen und den Gewerkschaften wird jetzt zur Gewißheit, was sie immer schon befürchtet hatten: ihre politische und wirtschaftliche Ohnmacht. Sie hatten sich über fast zwei Jahrzehnte gegen die Maßnahmepolitik der verschiedenen Regierungen gestemmt, um für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen einzutreten. Und heute setzen die ihnen seinerzeit opponierenden politischen Kräfte, setzt das Kapital die alten gewerkschaftlichen Forderungen nach Abschaffung der berufsvorbereitenden und berufsqualifizierenden Maßnahmen durch.

Die betroffenen jungen Arbeitslosen haben die gesellschaftliche Bühne verlassen, auf der die Arbeitsverwaltung die Schaustücke »Nachqualifizierung«, »berufsvorbereitende Betreuung« weiterinszenieren will. Ein Teil der Heranwachsenden, privatistischen Wegen seit je zugeneigt, sucht Sinn und Identität in »jugendlichen Erfahrungsfeldern« abseits von Arbeit und Beruf. Die umgangenen Organisationen befürchten, daß ein »Aufweichen bestehender beruflicher, ideologischer Integrations-

muster nicht ausgeschlossen werden kann«; Wissenschaftler liefern ihnen für die als Sorge um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft getarnte Angst um die eigene professionelle Brauchbarkeit Interpretationen und Belege.

Freizeitforscher hingegen fordern, in Dingen der Arbeit umzudenken. Man müsse zu einem neuen Arbeitsbegriff finden. Als Arbeit müsse in Zukunft jede Tätigkeit bezeichnet werden, die dem Menschen und der Gemeinschaft diene und neue Lebenswerte schaffe. Dazu gehöre allerdings wegen der unverzichtbaren Selbstbestätigung die soziale Anerkennung durch die Gesellschaft. Die schöne Formel vom hohen Wert sozialfreundlicher, aber brotloser Tätigkeiten findet sich immer dann, wenn es darum geht, das umgekehrte Verhältnis von Sozialfreundlichkeit und materieller Honorierung zu verschleiern. Eine Neubewertung der gesellschaftlich nützlichen Arbeit, für deren Nutzen nichts aufzubringen ist, wäre sicher eine große Hilfe für den Staat, die Steuerzahler und Eltern, die bislang für das Nichtstun Arbeitsloser zahlen mußten.

Für diese Forderungen muß die These vom persönlichkeitsstrukturellen Wandel, bekannt aus der Wertewandel-Diskussion, herhalten, der bei Teilen der heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen so gerne gesehen wird. Neue Erziehungsziele als notwendige Folge einer Verschiebung der Werte, unter denen Arbeit und Freizeit geleistet und gelebt werden, sollen die Umorientierung der Jugend begleiten. Die Propagandisten einer neuen Betreuung, die das Heer der Integrationsarbeiter an gesellschaftlich marginalisierten Jugendlichen in eine neue Offensive führen wollen, stellen sich an die Spitze des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, von dem sie meinen, er sei vom Wertewandel ausgelöst.

Andere Forscher erkennen bereits die Verfestigung neuer Lebenskonzepte. Die »Umorientierung vom Gelddenken zum Zeitdenken« bedeutet, daß die Jagd nach dem Konsum, nach dem Drang, Geld ausgeben zu wollen, nachlasse, auch bei denen, die als Arbeitnehmer dabei eigentlich nie so recht mithalten konnten. Charakteristisch werde eine eher geistige Konsumhaltung; wichtiger als Einkommenshöhe, Status und Karriere sei in der jüngeren Generation eine aus allen Lebenssphären (in Arbeit und Freizeit) ausströmende Zufriedenheit geworden.

So gerne die heute in die Krise geratene kapitalistische Arbeitsgesellschaft Theoreme der Abkehr von der Lohnarbeit zur Disziplinierung der Arbeitslosen ausschlagen möchte, so sehr untergraben sie aber auch die ideologischen Grundlagen einer auf Leistung und Erwerb eingeschworenen Gesellschaft. Diese Spannung auszutarieren, wird wohl die Aufgabe staatlicher Institutionen werden. Dabei müssen Mitarbeiter der örtlichen Arbeitsämter helfen. Sie können zwischen den verschiedenen Erklärungs- und Begründungsansätzen wählen, in ihrer Alltagspraxis sind sie aber für einen schnellen, »optimalen Erfolg« verantwortlich, und der wird darin gesehen, daß »die Jugendlichen aus der Statistik gestrichen werden können«. Die Werte in der Arbeitsverwaltung haben sich jedenfalls nicht bedeutend gewandelt.

II

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit hat sich in der öffentlichen Diskussion erledigt. Die Verantwortlichen halten sich zugute, das Problem der jungen Arbeitslosen in

organisierte und kontrollierbare Bahnen gelenkt zu haben. Man hat es über die Jahre in den Griff bekommen.

Die Arbeitsverwaltung, Vertreter der Arbeitgeber und ihrer Ständeorganisationen, die Kammern, die Kirchenbevollmächtigten und Funktionäre der Wohlfahrtsverbände, Bundesregierung und Landesregierung und auch Vertreter von Gewerkschaften mögen mit entsprechenden politischen Gewichtigungen erklären: Der große Spuk der Jugendarbeitslosigkeit ist endlich vorbei! Man müsse umdenken, denn eine nüchterne Betrachtung würde zur Entdramatisierung der immer wieder herbeigeredeten oder beschworenen Massenarbeitslosigkeit beitragen. Und man wisse doch auch, daß Jugendliche bei ihrer Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen »oft nicht die Kurve zu kriegen« in der Lage seien. Die Arbeitsverwaltung ist im Prinzip anderer Auffassung. Nur dem letzten Argument kann sie ex professo zustimmen und liefert für Auffassungen, an der wirklich existierenden Arbeitslosigkeit sei der einzelne Schuld, gerne Belege. Denn diese Einzelfallbeurteilungen dienen den Mitarbeitern wiederum als Legitimation zur Aufrechterhaltung des bestehenden Maßnahmenkatalogs.

Die Arbeitsverwaltung muß »eben auch Ausbildungsbewerbern, die einfacher strukturiert sind, noch eine Chance« geben. Es »geht ja um Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif genug sind... Die nicht ausbildungsfähig sind...«

Die Regierenden und ein Teil der Wirtschaft bringen einen anderen Aspekt in die ausklingende Debatte und stellen fest: Es gehe heute darum, mit groß angelegten Werbefeldzügen die überzähligen Lehrstellen im Handwerk und Handel zu besetzen. Die Jugendlichen scheinen nach dieser Version also wieder gefragt, begehrt und umworben zu sein. Umworben von den Unternehmen, die alle jene nehmen wollen, die bislang in Warteschleifen, Parkeinrichtungen, in Schulen auf ihre Berufungen warteten oder vergeblich auf eigene Faust eine Lehrstelle gesucht haben. Allerdings sind nur solche Jugendlichen zugelassen, die in der zurückliegenden »arbeitsfreien« Zeit arbeitswillig geblieben sind. Die Unternehmerfraktion ist der Meinung, hätte einst, als die Stellen knapp waren, jeder auf die Potenzen der freien Marktwirtschaft vertraut, so hätte er schon lange wissen können, daß die demographische Entwicklung, die wirtschaftlichen Daten und die oft ermutigenden Hilfen des Staates in den letzten Jahren zu einer immensen Nachfrage nach Lehrlingen zwangsläufig hätten führen müssen. Und das Gerede von einem jugendlichen Arbeitslosenheer entlarve sich nun als eine Erfindung »radikaler Gewerkschafter« und »verblendeter Sozis«. Das von vielen Gegnern der freien Marktwirtschaft und von »den Apologeten einer sozialistischen Wirtschaftsordnung« herbeigesehnte Fiasko sei ausgeblieben, seine Beschwörung habe sich als Rohrkrepierer erwiesen. Die Unternehmen hätten eben nur Zeit gebraucht, um die zerrüttete Volkswirtschaft wieder in geordnete und profitable Bahnen zu lenken.

Die Arbeitsverwaltung hat auch diese Zeichen der Zeit erkannt:

»Entscheidend ist heute, daß die Gelder nicht mehr für den Jugendbereich so reichlich fließen werden... Ein kleinerer Teil wird es zwar noch sein, aber mehr nicht... die Jugendlichen (sind) out. Für die ist kaum noch was drin.«

Wertewandel und demographische Entwicklung schneiden die Integrationsarbeiter von ihrer Kundschaft ab; wenn diese nicht einfach fernbleibt, sehen sie sich

wegen fehlender Mittel gezwungen, finanzierungssträchtigere Problemgruppen auszumachen. Wenn nicht mehr knappe Arbeitsplätze das wesentliche Problem sind, findet sich das in der Zeit nach der Ausbildung, nachdem der Facharbeiterbrief auf dem Tisch liegt. Die sogenannte 2. Schwelle und ihre Probleme beschäftigen nun die Arbeitsverwaltung.

Nun ist aber nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere Jugendliche doch noch unter Ausbildungsmangel leidet. Vielleicht ist es mit Wertewandel und demographischer Entwicklung nur gerade soweit her, daß sie der skandalösen Ausbildungslosigkeit vorausgeht und sie sozial verfestigt. Grund wäre das genug, die teuren Maßnahmen zusammenzustreichen. Der zwischenzeitlich aufgeblähten Maßnahmenverwaltungsbürokratie kann es egal sein, ob Ideologie oder Wirklichkeit beginnen, Maßnahmen überflüssig zu machen. Denn ob die Behauptung, das Problem der Massenarbeitslosigkeit sei gelöst, den Tatsachen entspricht oder nicht: Verknappte Mittel, reduzierte Maßnahmenfinanzierung machen auch die dümmste, angesichts der Wirklichkeit zugleich zynischste, Ideologie zur Tatsache. Die muß man respektieren. Respekt vor der Ideologie äußert sich in der Arbeitsverwaltung unter anderem so: Sie läßt Denunziationen ihrer Klientel wie »Maßnahmenkarrieristen« vernehmen. Plötzlich ist sie mit den Kritikern eines Sinnes, sie hält, was ihr Broterwerb und soziale Leistung an Bedürftigen war, plötzlich für »Warteschleifen« und »Parkeinrichtungen«. Sie entlarvt den Charakter ihrer bisherigen Politik.

»... wir (haben) es zunehmend mit älteren Jugendlichen zu tun..., Jugendlichen, die so die übliche Lehrgangskarriere hinter sich haben. Die beim Zentrum X gewesen sind, die bei der Gesellschaft Y gewesen sind, beim Institut Z gewesen sind und sich nun fragen: ›Wat machen wa jetzt?‹ Ein Arbeitsplatz ist immer noch nicht möglich! Also jetzt greifen wir noch einmal nach einem Instrument, das wir noch nicht hatten. Jetzt versuchen wir es einmal beim Arbeitgeber direkt.«

Ist es Selbstkritik oder Flexibilität, wenn die Wirkungen der bisherigen Tätigkeit plötzlich so gesehen werden:

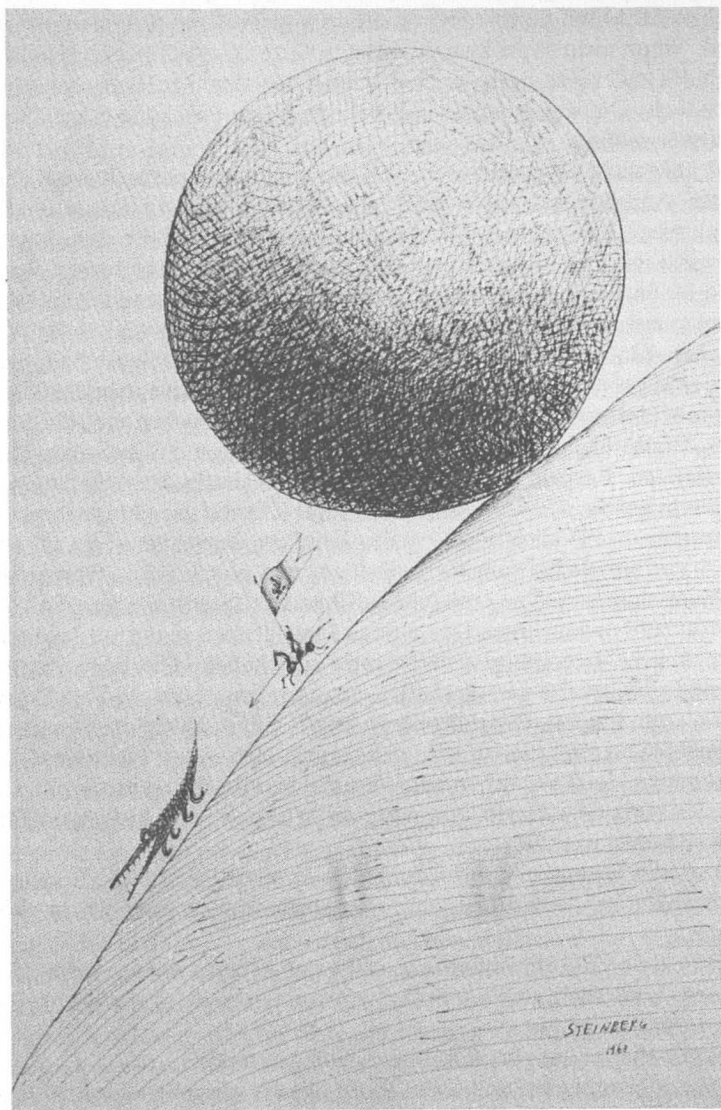
»...z.B. in der Facharbeiterausbildung: Wo es eigentlich nur um Stabilisierung der Persönlichkeit geht, um Einarbeitung und insbesondere um Fertigkeiten eines Berufsfeldes.«

Daß das Feld den Beruf nicht ersetzt, sollte der Arbeitsamtmitarbeiter, der dies sagte, wissen. Und auch, daß am Arbeitsplatz eine stabile »Persönlichkeit« eher hinderlich wirkt.

Ein Gewerkschafter hat ebenfalls seinen Sinn gewandelt:

»Also, was wir immer gesagt haben: Es ist besser, wir geben diese 28 Jugendlichen, die zum Bürokaufmann oder zur Bürokauffrau ausgebildet werden wollen, in den Ausbildungsverbund, als daß sie auf der Straße liegen – in Anführungszeichen – weil sie nicht wissen, was sie tun sollen. Im Grunde genommen hat es auch einen arbeitsmarktpolitisch positiven Effekt, nicht nur einen negativen Effekt, was hier gemacht wird.«

Gewiß, daß es besser sei, Jugendliche irgend etwas lernen zu lassen als gar nichts, war früher schon zu hören. Aber die Hilflosigkeit dieser Position entstand aus dem mangelnden Sinn einer Qualifizierung, die keine Verwertungsaussichten besaß. Das oben Gesagte verteidigt die Sinnlosigkeit der Maßnahmen nun mit Effekten,



die zuvor geleugnet werden mußten. Offensichtlich wurde nicht die Eignung für die Ausübung einer speziellen Tätigkeit überprüft, sondern die generelle Arbeitswilligkeit der Betroffenen kontrolliert. Domestikation war das Ziel, das erreicht zu haben, erfüllt einen mit Stolz.

Als gutes Zeichen darf man werten, wenn den Organisatoren der Betreuung der Gedanke kommt, daß das alles auch für die Ausbildungslosen nicht sehr einträglich war. Das folgende Zitat dokumentiert einen gewissen Perspektivenwechsel, der leider schnurstracks wieder zu den Eigeninteressen der Institution zurückführt:

»Der Effekt des Rumreichens wird dadurch erzielt oder nach außen sichtbar, daß die Zwischenstation immer wieder das Arbeitsamt ist und die Alternative für die Jugendlichen wirklich Arbeitslosigkeit bedeutet. Häufig auch ohne Geld! Daß dann eine Überlegung kommt, welchen Lehrgang gibt es noch halbwegs sinnvoll, und dadurch wird natürlich der Effekt des Herumreichens deutlich..., das ist klar.«

Die Domestikation junger Menschen für ein Haus, in dem zwar alle arbeiten müssen, aber nicht alle dürfen, führt zur Anhänglichkeit:

»Die Realität ist... die, daß einfach die Jugendlichen sich nach Beendigung eines Lehrganges erneut wieder arbeitslos melden. Da ist die Situation nach wie vor für sie unverändert. Das hat auch nichts damit zu tun, daß sie sich in der Zwischenzeit sogar eventuell durchaus stabilisiert haben...«

Der Mechanismus, der seinen Teil zur Expansion der Maßnahmen beitrug, scheint auch aus der Sicht der Expansionsgewinner die Spirale gewesen zu sein, unter deren Drehung sich der Druck auf jugendliche Ausbildungslose, später Arbeitslose, erhöhte – offenbar wurde er so hoch, daß das Ansehen der Verantwortlichen Schaden zu nehmen drohte. Es sieht nicht so aus, als ob sich irgend etwas am Umgang mit der neuen Klientel ändern wird. Die behaupteten neuen Entwicklungen in der Gesellschaft, von denen die demographische, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, etwa 15 Jahre alt ist, liefern Gründe dafür, alles beim Alten zu lassen. Das Interesse derer, die sich ihrer Verantwortung für die nun etwas gealterte Generation der ausgebildeten, aber arbeitslosen Jugendlichen brüsten, wurde erschüttert. Der gesellschaftliche Regelfall der Lösung eines Problems ist dessen Verwaltung, nicht seine Lösung. Der Verwaltung von Problemen dürfen die Probleme nicht ausgehen. Bei ihnen bleibt es, weil sie verwaltet werden. Das Interesse an der Konservierung der Probleme spiegelt sich in den Instrumenten der Verwaltung. Diese sind sattem bekannt. Doch auch die Nöte bleiben die gleichen, die die Verwaltung auf Trab bringen, die sie zwingen, sich etwas einfallen zu lassen. Ein pädagogischer Betreuer gesteht ein:

»Also, wir müssen doch heute schon fast hinter jedem frei herumlaufenden Jugendlichen herjagen. Da gehen wir schon mal in die Jugendzentren und machen – na ja – Werbung für uns. Hier bei uns, würd' ich glatt behaupten, gibt's keinen mehr, der nicht irgendwo drin ist.«

»Ich sage doch, die Maßnahmen müssen funktionieren... funktionieren heißt, daß wir keine Jugendlichen auf dem Arbeitsamt vorfinden wollen, die sich über die Maßnahme beschweren, in der sie sich zur Zeit gerade befinden. Solange wir davon nichts hören, läuft sie. Wir können es uns nicht leisten, Auseinandersetzungen hier zu haben, das müssen die Träger, das Personal schon selber regeln. Ich sage Ihnen doch, ein Träger der sich über Fußstapfen an der Decke aufregt, der ist schlecht für das Angebot. Also, je weniger wir hier haben, desto besser für die Jugendlichen und uns!«

Anmerkung

1 Dieses und die folgenden, nicht weiter ausgewiesenen Zitate, stammen bis auf zwei, die sich im Textzusammenhang zu erkennen geben, aus einem Interview, das mit einem leitenden Mitarbeiter eines Arbeitsamtes in NRW im Mai 1988 geführt wurde.